



Pressespiegel zur Asylpolitik vom 20. Dezember 2016

Erstellt von Mark Gärtner
gaertner@sprev.de

Geschehenes – Kurzmeldungen:

Blick nach Europa und die Welt

- Aleppo ist an das syrische Regime gefallen, lediglich eine Enklave der Rebellen werde noch gehalten. Das Regime droht, auch diese zu stürmen während die Menschen nach wie vor aus der Stadt evakuiert werden. Inzwischen sind nach türkischen Angaben 20.000 Menschen aus Ost-Aleppo in die von Rebellen gehaltene Provinz Idlib evakuiert worden, im Gegenzug werden Menschen aus von Rebellen belagerten Gebieten nach Aleppo gebracht. Immer wieder mussten Evakuierungen in den vergangenen Tagen ausgesetzt werden, unter anderem weil Busse attackiert wurden. Russland und die USA konnten sich unter türkischer Vermittlung darauf einigen, die Evakuierungen durch UN-Beobachter*innen überwachen zu lassen, der UN-Sicherheitsrat fasste einen entsprechenden Beschluss. Eine solche, beobachtete Evakuierung wurde als der einzige Weg angesehen, weitere Blutbäder zu verhindern.
<http://de.reuters.com/article/syrien-aleppo-evakuierung-idDEKBN1470D2> (19.12.16)
http://www.deutschlandfunk.de/syrien-fuenf-busse-verlassen-aleppo.1947.de.html?drn:news_id=690157 (19.12.16)
https://www.washingtonpost.com/world/syrian-troops-threaten-to-enter-last-sliver-of-rebel-held-aleppo/2016/12/20/44d43474-c62b-11e6-acda-59924caa2450_story.html?utm_term=.6a561b589754 (20.12.16)
- Gestern endete die Amtszeit des kongolesischen Präsidenten Joseph Kabila. Laut der Verfassung des Kongos, die er in seinen moderateren Zeiten selber auf den Weg gebracht hatte, hat der*die Präsident*in Kongos maximal zwei fünfjährige Amtszeiten. Abtreten will Kabila aber nicht. Sein Land entwickelte sich über die Jahre in eine immer repressivere Richtung. Der ehemalige Student Fred Bauma saß 50 Tage in Kinshasas Zentralgefängnis und berichtet, dass 8.000 Menschen in Zellen für 1.500 sitzen, viele hätten nie einen Prozess erhalten. Für Geld können sich Gefangene, einige wegen Delikten wie Diebstahl in Haft, freikaufen, können sie die Summe nicht aufbringen, bleiben sie inhaftiert. Inzwischen hat sich aber eine Protestbewegung gebildet. Sie rief für den gestrigen Tag zum Volksaufstand und berief sich auf das Widerstandsrecht, für die taz eine „Krise mit Ansage“, die katholische Kirche versuchte zu vermitteln, scheiterte aber. Der Montag blieb dann doch ruhiger als erwartet, es kam zu Verhaftungen von Oppositionspolitiker*innen, lokale Kämpfe brachen aus, ein massives Aufgebot an Sicherheitskräften versuchte den Aufstand zu verhindern.
<https://www.taz.de/Regierung-im-Kongo!/5363689/> (17.12.16)

<https://www.taz.de/Proteste-im-Kongo/!5365100/> (19.12.16)

- Auch die Bundesregierung erkennt an, dass die Geflüchtetenlager auf den ägäischen Inseln in Griechenland überfüllt seien. Nach Angaben von griechischen Behörden lebten bis zum 21. November 12.000 Menschen auf den Inseln, die Kapazitäten reichen für 7.450.
<http://www.zeit.de/politik/ausland/2016-12/fluechtlinge-griechenland-asyl-bundesregierung-auswaertiges-amt> (14.12.16)
- Die Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB) geben an, inzwischen fast täglich Fliehende auf Güterzügen zu finden, häufig unterkühlt und in Lebensgefahr schwebend. Anfang des Monats starben zwei Menschen auf der Strecke zwischen Deutschland und Italien. ÖBB und österreichische Polizei kontrollieren nun verstärkt die Züge.
http://www.deutschlandfunk.de/grenzkontrollen-immer-mehr-fluechtlinge-auf-queeterzuegen.795.de.html?dram:article_id=373807 (13.12.16)
- Die polnische Regierung plante, Journalist*innen aus dem Parlament zu verbannen. Eine Kontrolle durch die Medien wäre so nicht mehr möglich gewesen. Landesweit gab es Proteste von tausenden Menschen, am Samstag blockierten Protestierende das Parlament und hinderten die Abgeordneten am Verlassen des Gebäudes. Staatspräsident Andrzej Duda kündigte daraufhin an, dass das entsprechende Gesetz nicht verabschiedet werde. Das Verfassungsgericht in Polen ist mit dem seit gestern beginnenden Ruhestand seines Präsidenten Andrzej Rzeplinski um ein Weiteres entmachteten worden, wenn es denn überhaupt noch Macht hat. Die Regierung ignoriert Verfassungsgerichtsurteile, die ihre Gesetze als verfassungswidrig einstufen.
<http://www.zeit.de/politik/ausland/2016-12/polen-pressefreiheit-proteste-pis-andrzej-duda> (20.12.16)
<http://www.sueddeutsche.de/politik/warschau-polen-erlebt-die-eliminierung-des-rechtsstaats-1.3299739> (18.12.16)

Bund, Land, Kommune

- Am 14. Dezember werden erstmals Menschen in einer Chartermaschine nach Afghanistan abgeschoben. 34 Geflüchtete landen in Kabul. Die Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern, Nordrhein-Westfalen, Hamburg, Hessen und das Saarland beteiligten sich. Bundesinnenminister Thomas de Maizière verteidigt die Abschiebung und nennt Afghanistan sicher. Sehr viele Menschen und Organisationen haben wieder und wieder auf die fortwährend instabile Lage im Land hingewiesen, auch die Bundesländer Brandenburg, Bremen, Berlin, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Thüringen und Schleswig Holstein haben Bedenken und gedenken, vorerst nicht nach Afghanistan abzuschicken. In mehreren deutschen Städten demonstrieren Menschen gegen die Abschiebungen in das Land, in Berlin gingen 1.500 Menschen auf die Straße, in Dresden waren es am Samstag 600-900. Linke und Grüne und auch Teile der SPD, so die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Eva Högl, kritisierten die Abschiebungen in ein unsicheres Land. Der sächsische Innenminister Markus Ulbig kündigt währenddessen an, dass auch Menschen aus Sachsen nach Afghanistan abgeschoben werden sollen. Die migrationspolitische Sprecherin Monika Düker der Grünen-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalens tritt von ihrer Funktion zurück, die Grünen sind in NRW Teil der Landesregierung. Thomas de Maizière glänzt derweil neuerlich mit Zahlen die er bisher nicht belegt hat. Seiner Aussage nach sei ein Drittel der Abgeschobenen Straftäter*innen, in der öffentlichen Wahrnehmung werden schnell alle 34 zu „Kriminellen“. Vor allem der Bayerische Flüchtlingsrat veröffentlicht Informationen über die Hintergründe der Abgeschobenen. So fand sich ein Mann in Kabul wieder, der psychisch angeschlagen und auf Medikamente angewiesen ist und einen Suizidversuch unternahm. Ein weiterer Mann stürzte sich in Panik

aus vier Meter Höhe in die Tiefe. Nachdem er ins Krankenhaus eingewiesen wurde, floh er auch von dort, konnte aber von Unterstützer*innen umherirrend wieder ausfindig gemacht werden. Die Abschiebung einer weiteren Person verhinderte das Bundesverfassungsgericht, ließ aber ausdrücklich offen, ob Abschiebungen nach Afghanistan verfassungsrechtlich vertretbar sind.

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/sammel-abschiebungen-deutschland-schickt-fluechtlinge-nach-afghanistan-zurueck-a-1125665.html> (13.12.16)

<http://www.br.de/nachrichten/fluechtlinge-afghanistan-rueckfuehrung-100.html> (14.12.16)

<http://www.sueddeutsche.de/bayern/asylpolitik-er-sagte-er-fuerchte-in-afghanistan-um-sein-leben-1.3296031> (15.12.16)

<http://www.lvz.de/Mitteldeutschland/News/Sachsen-unterstuetzt-Abschiebungen-nach-Afghanistan> (15.12.16)

<http://www.tagesspiegel.de/politik/umstrittene-asylpolitik-de-maiziere-nennt-abschiebung-von-afghanen-richtig-und-notwendig/14980722.html> (15.12.16)

<http://www.tagesspiegel.de/politik/asylpolitik-spd-fraktionsvize-hoegl-will-abschiebung-nach-afghanistan-aussetzen/14988312.html> (16.12.16)

<https://www.welt.de/regionales/sachsen/article160390721/Hunderte-demonstrieren-gegen-Abschiebungen.html> (17.12.16)

- Nachdem bereits eine Familie aus Sachsen beinahe abgeschoben wäre obwohl ihr Fall der Sächsischen Härtefallkommission zur Entscheidung vorlag, droht nun auch dem Musiker und Schauspieler Ahmad Shakib Pouya die Abschiebung nach Afghanistan. Auch sein Fall ist bei der Bayerischen Härtefallkommission anhängig, dennoch soll er am 22. Dezember in einem Flugzeug Richtung Kabul sitzen. Das Übereinkommen, Menschen nicht abzuschieben während ihre Fälle bei der Härtefallkommission anhängig sind, scheint in Bayern zu erdoieren. Rahmat Khan dagegen wurde bereits vergangenen Mittwoch abgeschoben, dem Bayerischen Landtag lag noch eine ihn betreffende Petition vor.
<http://www.sueddeutsche.de/bayern/asylpolitik-bayern-setzt-bei-abschiebungen-auf-volle-haerte-1.3301956> (19.12.16)
- PRO ASYL und zahlreiche weitere Organisationen, wie die Diakonie, Amnesty International, die Arbeitsgemeinschaft Migrationsrecht des Deutschen Anwaltsvereins und die Neue Richtervereinigung, forderten die vergangene Woche in Brüssel tagenden 28 Staats- und Regierungschefs auf, den EU-Kommissionsentwurf zu Dublin-IV zu verhindern. Unter anderem soll es verpflichtende Prüfungen von Asylanträgen auf Unzulässigkeit geben, heißt, es soll geprüft werden ob der Antragstellende nicht in einen dritten Staat abgeschoben werden kann. Außerdem sollen Fristen, die die Zuständigkeit von einen EU-Staat auf den anderen ermöglichten, wegfallen. Der vielleicht erschreckendste Teil der geplanten Reform: unbegleitete, minderjährige Geflüchtete sollen in andere EU-Mitgliedsstaaten abgeschoben werden können. Der Europäische Gerichtshof hatte schon 2013 entschieden, dass dies grundsätzlich nicht geschehen dürfe. Die Grünen im Bundestag kritisieren zudem die Pläne der EU-Kommission die bisherigen Richtlinien zum Asylverfahren, zur Anerkennung, Aufnahme und zum Daueraufenthalt in Verordnungen umzuwandeln. Ein Umsetzungsprozess auf der Ebene der Mitgliedsstaaten ist bei Verordnungen nicht vorgesehen, Art. 16a GG sowie die deutsche Verfassungsgerichtssprechung zum Asylrecht könnten so von EU-Recht überlagert werden.
http://www.deutschlandfunk.de/asylrecht-menschenrechtler-gegen-reform-des-dublin-systems.447.de.html?drn:news_id=688544 (14.12.16)
- Am Freitag verhindert der Bundesrat die von der Bundesregierung geplanten Leistungskürzungen im Asylbewerberleistungsgesetz. Betroffen wären insbesondere alleinstehende Geflüchtete in Gemeinschaftsunterkünften gewesen. Ihnen wären etwa 10% ihrer Leistungen gekürzt worden, da die Bundesregierung eine Gemeinschaftsunterkunft als eine "Bedarfsgemeinschaft" ansieht, also als einen gemeinsamen Haushalt wie ihn zum Beispiel Familien führen. Offen ist, ob der Vermittlungsausschuss angerufen wird. Kritiker*innen betonen, dass das Asylbewerberleistungsgesetz bereits in seiner jetzigen

Form diskriminierend sei.

<https://www.tagesschau.de/inland/sozialleistungen-asylbewerber-101.html> (16.12.16)

- Von Dezember 2015 bis November 2016 gelang es 34.000 Geflüchteten, einen Job in Deutschland zu finden. Mit Blick auf 406.000 als arbeitssuchend registrierte Geflüchtete bei den Arbeitsagenturen ist das keine allzu hohe Quote. Das vom Bundesarbeitsministerium aufgelegte Programm mit dem Geflüchtete „1-€-Jobs“ erlangen können, brachte etwa 5.000 Menschen in menschenunwürdige Entlohnung. Einen Einblick, wie dringend Geflüchtete Jobs benötigen, gibt dieser Beitrag von *MDR exakt*. Eine Ursache für die geringe Vermittlung von Geflüchteten ist auch die Unsicherheit unter Arbeitgeber*innen. Häufig befürchten sie, dass sich die Investitionen in ihre neuen Arbeitskräfte nicht lohnen, da die Geflüchteten am Ende abgeschoben werden könnten. Gesa Busche vom SFR nennt diese Befürchtungen aber nicht wirklich real, selbst im Asylverfahren, was erfahrungsgemäß auch gern mal länger dauern kann, könnten Geflüchtete nach drei Monaten bereits arbeiten und so ein Teil von Integration beginnen.
<http://www.mdr.de/exakt/fluechtlinge-in-schwarzarbeit-100.html> (Video, 14.12.16)
<http://www.zeit.de/gesellschaft/2016-12/wenige-fluechtlinge-arbeitsmarkt-jobs-andrea-nahles> (19.12.16)
- Die Bundesländer Sachsen und Sachsen-Anhalt haben zuviel Bundesgelder für Unterbringung und Integration von anerkannten Geflüchteten erhalten. Nach Angaben von Behörden lebten in Sachsen im Herbst 2016 lediglich 13.920 Anerkannte, 17.741 waren aber registriert, in Sachsen-Anhalt leben 12.965, 15.337 sind registriert. Grund ist, dass viele Geflüchtete aus den Bundesländern wegziehen, von denen sie keine Erwartung an die Zukunft in wirtschaftlicher sowie integrativer Sicht haben, auch weil sie hier auf überdurchschnittlich hohe Ablehnung stoßen. Die Wohnsitzauflage hätte solche Umzüge verhindern sollen, Sachsen hintergeht die Auflage aber und vollführt somit, wenn auch aus einer anderen Motivation heraus, ausnahmsweise mal eine nette Asylpolitik. Sachsen muss die zuviel ausgezahlten 4,5 Mio. (Sachsen-Anhalt: 1,7 Mio.) Euro aber nicht zurückzahlen.
<http://www.mdr.de/nachrichten/politik/inland/phantom-fluechtlinge-100.html> (19.12.16)
- In der Nacht zum Dienstag greifen in Bautzen Unbekannte das Spreehotel mit Molotow-Cocktails an. In dem Hotel sind Geflüchtete untergebracht. Personen- oder Sachschaden entstand nicht.
<http://www.sz-online.de/nachrichten/angriff-mit-molotowcocktails-3563972.html> (13.12.16)

Hintergrund und Meinung

- Obwohl er häufig geteilt wurde, hier noch einmal der Kommentar von Georg Restle vom *WDR* in den *tagesthemen*. „Die Abschiebungen nach Afghanistan , sie sind nicht nur ein klarer Rechtsbruch, sie sind blanker Zynismus. Ein vorweihnachtliches Wahlgeschenk an die Kritiker von rechtsaußen.“
<https://www.tagesschau.de/inland/kommentar-afghanistan-101.html> (14.12.16)
- Umfassend informiert ein nun gestartetes Projekt der *taz* namens *migration control* zu den Geldern, die in Zusammenhang mit Migration Kontinente überschreitend fließen. Das primäre Ziel der Finanzströme: autoritäre Regierungen oder gar Diktaturen in Afrika, die den Türsteher zu Europas Außengrenzen spielen sollen. Die Entwicklungshilfe als solche wird ebenso problematisiert. Die Rücküberweisungen von Migrant*innen direkt an ihre Familien und Kleinunternehmen bringe oft mehr und seien bisher auch umfangreicher als die Entwicklungshilfe, die oftmals korrupten Regierungen zufließe. Weiterhin wird zu Grenzschutztechnik, zur Internierung Fliehender und der Abschiebung Geflüchteter und den konkreten Verhandlungen zwischen der EU und einzelnen afrikanischen Staaten sowie vielen weiteren Aspekten berichtet. Wer will, kann sich in die übersichtlich

zusammengestellten Dokumente, Verträge und Abkommen auf der Website einlesen.

<https://migration-control.taz.de/#de>

- Recherchen von *netzpolitik.org* haben ergeben, dass der Bundesverfassungsschutz direkt bei Anhörungen im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) teilnehmen kann. Ob dies tatsächlich bereits erfolgt ist, ist nicht sicher. Die Teilnahme von Mitarbeiter*innen des Bundesverfassungsschutzes ist seit etwa zwei Monaten, seit der Nicht-Verhaftung von Dchaber al-Bakr, möglich. Die Brisanz ist Regierung und Geheimdienst durchaus bewusst, interne Papiere des Bundesinnenministeriums bitten darum, Informationen zum Sachverhalt nur mündlich weiterzugeben, da es zum „möglichen Vorwurf der unmäßigen Bespitzelung von Flüchtlingen“ kommen könnte. Bundestagsabgeordnete wurden darüber informiert, allerdings ausschließlich diejenigen der Koalitionsfraktionen. Auch der Bundesnachrichtendienst kann Geflüchtete befragen und tut dies auch, allerdings nicht in sondern nach der Anhörung. Die Zahl der Befragungen ist jedoch vergleichsweise gering, waren es zu Hochzeiten der 2014 aufgelösten weil skandalträchtigen Hauptstelle für Befragungswesen noch mehr als 100 pro Jahr, fanden seit Oktober 2015 29 Befragungen statt.

Wie eng beide Geheimdienste mit dem BAMF kooperieren, zeigen die Büros, die beide Dienste in der BAMF-Zentrale in Nürnberg unterhalten.

<https://netzpolitik.org/2016/internes-papier-des-innenministeriums-verfassungsschutz-darf-direkt-an-asylanhoerungen-teilnehmen/> (12.12.16)

- Ein Bericht des *BR* zu den „besonderen Aufnahmeeinrichtungen“ Bamberg und Manching, in der Kritik an einer solchen Abschiebep Praxis laut wird. In den Einrichtungen warten die Geflüchteten auf ihre Abschiebung, der Deutsche Anwaltsverein betont, dass vor allem die Behandlung der Kinder dort gegen geltendes Recht verstoße. Weitere Vorwürfe betreffen die medizinischen Versorgung sowie die allgemeine Unterbringungssituation.
<http://www.br.de/mediathek/video/sendungen/mehrwert/area-asyl-abschiebung-100.html> (15.12.16)
- Ein Kommentar von Paul Krugman in der *New York Times*. Er erinnert daran, dass auch Republiken zu Grunde gehen können – allerdings nicht mit einem finalen Stoß. Viel mehr werde die demokratische Substanz verspielt, die Form aber, also Institutionen und Traditionen, gewahrt. Der Verfall beginne bereits lange bevor die Bevölkerung tyrannische Personen in Staatsämter bringe. Für Krugman ist eine Bedingung für diesen Verfall die Ungleichverteilung von Wohlstand. Den direkten Angriff auf die Republik aber führten die gewählten Politiker*innen aus, die Krugman als Karrierist*innen bezeichnet. Ihnen gehe es nur um den Machterhalt und das Bedienen innenpolitischer Kämpfe wofür durchaus auch andere Mächte von außerhalb unterstützen dürfen. Der Fortbestand der Republik schere sie aber nicht.
<http://www.nytimes.com/2016/12/19/opinion/how-republics-end.html?smid=fb-nytimes&smtyp=cur&r=0> (19.12.16)
- Die Dokumentation "Polen geht rückwärts" von Susanna Zdrzalek aus dem ARD Weltspiegel zeigt, wie sich große Teile der jungen Generation Polens dem Nationalismus zugewandt haben. Der Versuch, ihm ein modernes Gesicht zu verleihen täuscht nicht über die lang bekannten, ausgrenzenden Konsequenzen des Nationalismus hinweg.
<http://www.ardmediathek.de/tv/WDR-Weltweit/Polen-geht-r%C3%BCckw%C3%A4rts/WDR-Fernsehen/Video?bcastId=7989132&documentId=39502210> (14.12.16)

Der Pressespiegel wird herausgegeben von:

Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.
Dammweg 5
01097 Dresden
E-Mail: info@saechsischerfluechtlingsrat.de

Refugee Law Clinic Leipzig
Burgstraße 27
04109 Leipzig
Email: refugeelawclinic@uni-leipzig.de

Der Sächsische Flüchtlingsrat e.V. wird gefördert durch:



Leben retten – Rechte schützen



UNO-Flüchtlingshilfe